

Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausser einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Eisenbahnbezug für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inländisch Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 54.

Die abendliche Monatshefte über den Kampf um die sozialistische Erwerbsbeschäftigung. Klein-Kalender: Den Lesern der „Arbeiter“ wird ein kleiner Kalender zum Geschenk gemacht. Der Kalender enthält die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1921. Preis 1,- M. Familien-Kalender und Brief-Kalender 1,20 M. Preis pro Heft. Stellen-Anzeige in der „Arbeiter“: Das Leserservice kostet 1,- M. jedes weitere Wort 1,- M. Preis pro Zeile. Druckerei: Zentrum 2030, 2043, 4043, 4053, 4063, 4073, 4083.

# ARBEITER

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der letzte Tag

Wischen heute und den Wahlen in Preußen noch ein Tag, der letzte Tag des Besinnens, des Ueberlegens, des Erkennens.

Genug ist jetzt geschrieben und geredet worden. Nunmehr sollen die Wähler selbst ihr Urteil abgeben, sollen sie entscheiden, wen sie für würdig erachten, ihre Interessen im Parlament zu vertreten. Insbesondere die Wähler aus den arbeitenden Klassen werden zu zeigen haben, auf welchem Punkte der Entwicklung sie heute stehen.

Das deutsche Proletariat hat einen unsäglichen Leidensweg hinter sich. Vierelhalb Jahre Krieg, zwei Jahre Nachkriegszeit! Millionen von Arbeiterleichen modern auf den Schlachtfeldern Europas, Millionen von Arbeiterwitwen und Arbeiterwaisen klagen um den Gatten, um den Vater. Hunderttausende von Krüppeln irren als unendlich traurige Zeugnisse des imperialistischen Nordwahnsinn umher. In die Arbeiterklasse ist Erwerbslosigkeit, Unterernährung, körperliche und geistige Verelendung in schrecklichem Umfang eingezogen.

Und kein Ende dieses Leidensweges ist abzusehen, solange der Kapitalismus noch herrscht. Kapitalistische Wirtschaft und proletarisches Elend sind untrennbar miteinander verbunden. Je größer das Meer an Blut und Tränen ist, in das die Arbeiterklasse hineingestossen wird, desto höher steigen die Gewinne des Unternehmertums. Nur die vollkommene Umwälzung der bisherigen Wirtschaftsordnung und der auf ihr aufgebauten Staatsverfassungen, nur die Verwirklichung des Sozialismus kann das Proletariat aus seiner elenden Lage herausführen.

Sollen wir uns aber untätig dieser Entwicklung hingeben und auf den Tag warten, der uns die Befreiung in den Schoß wirft? Sollen wir inzwischen die Verelendung des Proletariats immer größer werden, die Macht der kapitalistischen Klassen immer stärker werden lassen?

Nein, wir wissen, daß wir unter den augenblicklichen Verhältnissen zwar keine vollkommene Befreiung des proletarischen Elends herbeiführen können, wohl aber Mittel haben, um die Verelendung nicht zum äußersten Grade ansteigen zu lassen.

Eines dieser Mittel sind die Organisationen der Arbeiterklasse. Je geschlossener die proletarische Front ist, je enger die Arbeiterklasse den Mächten des Kapitals entgegentritt, desto eher ist es möglich, solche Forderungen durchzusetzen, die das Los der arbeitenden Bevölkerung schon jetzt etwas mildern können.

Ein anderes Mittel ist der Parlamentarismus. Das Parlament als eine bürgerliche Herrschaftsform kann nicht die proletarischen Zukunftsforderungen verwirklichen, die soziale Revolution ihrem Ziele zuführen. Aber in den Parlamenten haben die Vertreter der Arbeiterklasse Gelegenheit, den Vertretern des Bürgertums Auge in Auge

entgegenzutreten, bei der Gesetzgebung zu ermöglichen, daß die Forderungen des Proletariats berücksichtigt werden.

Würden wir die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten nach ihrem Gutdünken schalten und walten lassen, ohne jede Kontrolle, ohne jede Kritik und Meinungsäußerung, so wäre das für die Vertreter des Kapitals die höchst erwünschte Gelegenheit, ihre Macht- und Ausbeutungsgelüste gegenüber der Arbeiterklasse bis aufs Letzte zu betätigen.

Um nur einige Beispiele zu nennen: die Steuer-gesetzgebung wäre noch viel schlechter, wenn nicht Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstage ihre Stimme erhoben hätten. Die Auswucherung der verbrauchenden Bevölkerung durch die Agrarier hätte noch weit krassere Formen angenommen, wenn ihnen nicht unsere Abgeordneten entgegengetreten wären. Um die Versorgung der Kriegsbekämpften, um die Fürsorge der Erwerbslosen wäre es noch weit schlimmer bestellt, wenn sich unsere Partei nicht im Reichstage ihrer angenommen hätte.

Und so soll auch unsere Arbeit im preussischen Abgeordnetenhaus, in den Provinziallandtagen und Kreistagen beschaffen sein. Unermüdet wollen wir in ihnen für die werktätige Bevölkerung arbeiten. Ohne Rast wollen wir auch an diesen Stellen versuchen, die Mächte des Proletariats abzustellen.

Unsere gesamte parlamentarische Tätigkeit, wo es auch sei: im Reichstag, im Abgeordnetenhaus, im Provinziallandtag, im Kreistag, in der Stadtverordnetenversammlung, im Gemeinderat muß immer geleitet sein von den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, muß erfüllt sein von dem Streben, den Leidensweg des Proletariats abzukürzen, an jedem Orte und zu jeder Minute zu arbeiten für die soziale Revolution, für die Verwirklichung des Sozialismus.

Keine Versprechungen, keine Parolen! Den Mund unverwandelt auf das Ziel gerichtet, die Hände bereit zur werktätigen Arbeit in der Gegenwart, den Willen gespannt zur Erfüllung unserer sozialistischen, unserer revolutionären Pflicht!

Noch ein Tag trennt uns von den Wahlen in Preußen. Der letzte Tag des Besinnens, des Ueberlegens, des Erkennens!

Wähler und Wählerinnen, Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Zeigt am 20. Februar durch eure Stimmabgabe, daß ihr die Größe eurer Aufgabe erfaßt habt, indem ihr die Partei eintretet, die durch ihre bisherigen Taten bewiesen hat, daß sie den Sozialismus verwirklichen, die proletarische Revolution ihrer Erfüllung entgegenzuführen will:

**für die Unabhängige Sozialdemokratie!**

#### Die französischen Sozialisten gegen die Pariser Forderungen

Die in den letzten Wochen hochgehenden Wogen der Wahlbewegung haben die Tatsache in den Hintergrund treten lassen, daß die Pariser Beschlüsse über die Wiedergutmachung in der Arbeiterklasse der Ententeländer eine scharfe Verurteilung gefunden haben, und daß eine Bewegung in den proletarischen Massen Frankreichs und Englands begonnen hat, die zweifellos ihre Wirkung auf die endgültigen Beschlüsse in London ausüben wird. Von besonderem Interesse ist hier die Stellungnahme der französischen Arbeiterklasse, der naturgemäß die Aufgabe zufällt, den Vorstoß der französischen Imperialisten zu hemmen und die Massen gegen eine Politik mobil zu machen, deren Rückwirkungen auch für die wirtschaftliche Lage des französischen Proletariats verhängnisvoll sein würden.

Gleich nach Bekanntgabe der Pariser Beschlüsse nahm der „Populaire“, das Organ der französischen sozialistischen Partei, eine scharf ablehnende Stellung gegen sie ein und bekämpfte in der heftigsten Weise die Politik Briands, die auf der Pariser Konferenz den Sieg davon getragen hat. Als die Nachrichten über die Sitzung des Deutschen Reichstags in Paris einliefen, solidarisierte sich Genosse Longuet im „Populaire“ ausdrücklich mit der Rede Ledebours dessen Standpunkt des internationalen Kampfes gegen die Pariser Beschlüsse er vollkommen akzeptierte. „Natürlich sieht unsere bürgerliche Presse — sprach er — in der Rede Ledebours nur seine Angriffe gegen die Alldeutschen. Wir aber wollen insbesondere darauf hinweisen, daß er die Sozialisten Frankreichs und Englands zur Solidarität mit ihren Brüdern, den Arbeitern in Deutschland, aufgerufen hat. Niemals waren die Aufgaben der Sozialisten der Weltstaaten zwingender als jetzt. Der verabschiedungswürdigen Politik des Hasses der bestehenden Klassen müssen wir mehr als je unsere sozialistischen Beschlüsse entgegenstellen. In einigen Tagen werden in Wien die Sozialisten Frankreichs, Englands und Deutschlands gegenüber der Pariser Konferenz den einmütigen Protest des Proletariats dieser drei großen Länder erheben.

Einen ähnlichen Standpunkt nahm der Redner der sozialistischen Fraktion, Genosse Auriol, in der großen Kammerdebatte am 4. Februar ein. In einer ausgezeichneten Rede, die das ganze Haus fesselte, betonte er, daß alle bisher vorgeschlagenen Lösungen keine Lösungen seien, und daß nur eine internationale Aktion, die Verständigung der Arbeiterklassen aller Staaten, die Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts, die Durchführung des Wiederaufbaues, ermöglichen würde.

Die Pariser Beschlüsse bezeichnete Auriol im Namen der sozialistischen Partei als im völligen Widerspruch zu dem stehend, was gemacht werden müsse, um Deutschland instand zu setzen, seine Wiedergutmachungsschulden zu zahlen. Er erinnerte ferner die Kammer an das nationalstaatliche Geheul, das den Genossen Ledebour im Reichstag umtobte, als er den Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie entwickelte und dabei betonte, daß ohne die Unterstützung der organisierten Arbeiterklasse aller Länder die Regierungen ohnmächtig bleiben würden. „Auch ich sage euch“, rief er aus, „daß die wirkliche Entwaffnung, der Abbau des Hasses, der Wiederaufbau der Ruinen, erst möglich sein wird, wenn ihr an die Arbeiterklasse appelliert und sie euch unterstützt. Wenn ihr dagegen in den Fesseln des kapitalistischen Egoismus bleibt, dann werden wir keinen Frieden kennen, sondern nur ein Gespenst, von dem vor kurzem unser Finanzminister sprach: den Bankrott.“ Die bürgerliche Mehrheit wagte nicht, dieses Wort mit jenem Hallo zu begrüßen, das sie gewöhnlich losläßt, wenn ihr ein sozialistischer Redner unangenehme Dinge sagt. Alle waren wohl von der Richtigkeit dessen überzeugt, was Auriol gesagt hat.

Eine ebenso scharfe Abfrage wie der Vertreter unserer Partei erteilte die französische Regierung Leon Jouhaux, der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.). Im „Peuple“ schrieb er, daß die Politik der Verbündeten, wie Briand sie definiert hatte, für die französische Arbeiterklasse unannehmbar sei. Er schilderte die Gefahren, die aus der Aufrechterhaltung des französischen Militarismus wie aus den wirtschaftlichen Forderungen sowohl für Deutschland wie für Frankreich entstehen müßten.

Was die Vertreter der Entente beschlossen haben — fuhr er fort —, steht im Gegensatz zu allen Ideen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Ihre Irrtümer selbst sind es, die uns zwingen, auf die Idee zurückzukommen, die von den Arbeitern aller Länder angenommen wurde, daß es keine Lösung und keinen dauerhaften Frieden geben kann als auf der Basis der von der Gewerkschaftsinternationalen proklamierten Grundsätze, und daß allein die von den organisierten Arbeitern aller Länder gutgeheißenen Ideen es ermöglichen, die soziale Erneuerung durchzuführen, deren Verwirklichung uns von der Weltlage angezwungen wird. Allen Widerständen einer Bourgeoisie zum Trotz, die nicht verstehen will, einem Regime zum Trotz, das sich nicht ändern lassen will, wird es den Millionen von Arbeitern, die die Arbeiterinternationalen bilden, gelingen, ihren Willen zum Sieg zu verhelfen und allen Gewaltplänen gegenüber den Frieden zu sichern, der allen zugute kommen soll.“

#### Lloyd George über die Wirtschaftskrise

In einer Unterhausrede äußerte sich Lloyd George ausführlich über die Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängende allgemeine Krise in Mittel- und Osteuropa. Er sagte: Die Regierung sei bis zum äußersten gegangen, um die Not zu lindern. Bis zum 31. März würden etwa 14 Millionen Pfund Sterling zur Unterstützung an die arbeitslosen demobilisierten Heeresangehörigen zur Auszahlung gekommen sein, weiter seien 23 Millionen für die Kolonisierung der demobilisierten auf dem Lande, für den Bau von Grobverkehrsweegen 10½ Millionen verausgabt worden, die gleichfalls hauptsächlich den Erwerbslosen zugute kommen. Die ganze Frage hänge eben von dem Wiederaufleben des Handels mit dem Auslande ab, auch die Lage in Europa bleibe ein großer Faktor, mit dem man rechnen müsse. Lloyd George erklärte weiter, er sei immer ein Befürworter der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland gewesen. Mit Wiederaufnahme sei ein Handel sehr unmöglich. Das sei eine unabweisliche Folge des Krieges. Er hoffe aber, daß die Regierung etwas tun könnte, um Mittel- und Osteuropa mit Rohmaterialien und zu versorgen. Die Länder könnten nur jetzt nicht bezahlen, und die ganze Schwierigkeit liege in der Kreditbeschaffung. Von der Gesamtheit, Kredite für den Außenhandel von der Regierung zu erzielen, wurde bisher nur ein partieller Gebrauch gemacht. Die Regierung unterhandle weiter mit Banken und Finanzleuten, damit diese einen Teil des Risikos übernehmen könnten, um den Handel wieder in Gang zu bringen. Die europäischen Völker, führte der Premierminister aus, sind immer gute und eheliche Kunden Englands gewesen. Sie werden keine Waren bestellen, die sie nicht bezahlen können. Aber sie können nicht bezahlen, wenn sie keine Kredite erhalten. Jede Regelung, durch

die der Handel in ganz Europa wieder in Gang gesetzt werden kann, wird zur Verringerung der Arbeitslosigkeit mehr beitragen, als alle Kredite zur Unterstützung der Arbeitslosen. In Südosteuropa ist die Industrie völlig lahmgelegt, nicht nur durch den Krieg, sondern auch durch den russischen Nationalismus, der sich auf verschiedene Art äußert und den Handel unmöglich macht, weil dieser in vieler Hinsicht aggressiv und habgieriger Rationalismus kein Gefühl der Nachbarschaft anerkennt. Die Meinung, sich einem engen Kreis anzuschließen, ist nicht auf diese osteuropäischen Staaten beschränkt geblieben. Sie macht sich in Frankreich, den Vereinigten Staaten und sogar in England bemerkbar. Man vergißt darüber vielfach, daß alle Länder von einander abhängen und der Handel nur international sein kann.

In sonderbarem Widerspruch mit den Gedanken, die Lloyd George in dieser Rede entwickelt, steht eine andere Aeußerung Lloyd Georges, die er ebenfalls im Unterhaus über die Wiedergutmachung getan hat. Dort sagte er, er werde sein möglichstes tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig, den es zählen könne, herauszuziehen, er wolle jedoch keine Vorschläge unterbreiten, die nach den eingeholten Gutachten der Sachverständigen ganz undurchführbar seien und falsche Hoffnungen in England erwecken.

Lloyd George hat an dem Zustandekommen der Pariser Beschlüsse hervorragend mitgewirkt und verteidigt sie. Die Durchführung der Pariser Beschlüsse aber schlägt dem Gedanken der Interessensolidarität aller Länder, wie ihn Lloyd George oben entwickelt hat, direkt ins Gesicht. Man muß auch den Staatsmännern der Entente mehr auf die Hand sehen als auf Maul.







Angestellte und Preußenwahlen

Die kaufmännischen und technischen Angestellten, die Werkmeister und die übrigen Gruppen der Privatangestellten werden vor der preussischen Landtagswahl, wie vor jeder Parlamentswahl wiederum als die artigen Kinder behandelt, denen man Versprechungen über Versprechungen macht, um ihre Stimmen für die bürgerlichen Parteien zu gewinnen.

Diese „Demokraten“ rücksichtslose Vertreter des Betriebsabsolutismus

Es wäre auch eine geistig niedrige Einschätzung der Angestellten, wollte man annehmen, daß sie etwa auf die deutschen nationalen Sirenenorgane hereinsinken sollten. Die Antisemitisten, die mit ihrem „Sozialismus der Dummen“ schon vor Jahrzehnten bei der Arbeiterschaft abgewirkt haben, wollen nun Himpelstöße unter den Angestellten weiter betreiben.

Daßer muß erst der Lohn lassen, ehe die Preise sinken können, und die Lohnarbeiter müßten sich damit abfinden, eine Zeitlang zu leben, als sie es sich jetzt angewöhnt haben.

Die Angestellten würden eine Selbstmordpolitik betreiben, wollten sie ihre wirtschaftliche und sozialpolitische Vertretung den bürgerlichen Parteien im Landtag überlassen.

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Sie legte schon die Hände an seine Lippen und schritt wieder aufgeregt auf und ab. Ihre Erregung wuchs. Mitunter schien es, als ob sie in einer Glut erstickte; sie rief sich die Brust, atmete mit weit geöffnetem Mund und griff mechanisch nach den Fenstervorhängen.

nen Streitigkeiten immer wieder zugunsten der Unternehmer entschieden werden konnten. Er hat es zugelassen, daß hier alle Macht in die Hände der Gewerbetreibenden gelegt worden war.

Die letzten Beratungen des Reichstags über die Betriebsbilanz haben erneut bewiesen, daß die Angestelltenvertreter in den bürgerlichen Parteien gezwungen werden, nicht nur gegen die Forderungen der freien Angestelltenverbände zu stimmen, sondern die kapitalistischen Parteieninteressen über das Programm der eigenen, selbst der bürgerlichen Angestelltenverbände zu stellen.

Im Gegensatz zu den Mostauer Volksabgeordneten, die den Angestellten zum Dienet des Handarbeiters machen wollen, will die Unabhängige Sozialdemokratie Kopf und Handarbeiter zu gleichberechtigten und gleichmäßig berufenen Trägern des Sozialisierungsgebaukens machen.

Die Angestellten sind in erhöhtem Maße dazu berufen, Pioniere eines sozialistischen Aufbaues der Wirtschaft, Führer des sozialistischen Betriebes zu werden.

Alle Angestellten wählen deshalb am 20. Februar Unabhängig.

Aus dem Reiche des armen Konrad

Der preussische Unterrichtsminister hat sich mehrfach auf die große Zahl neuzeitlich gekannter Klavierbegeisterter angesprochen, die er zum Teil auch aus der Volksschullehrerschaft in sein Ministerium berufen hat.

Der Deutsche Lehrerverein, die Organisation der deutschen Lehrer, mit seinen 120 000 Mitgliedern, hatte seinen geistigen Mittelpunkt in Ostpreußen.

Er begann etwas zu sprechen, stockte und legte zögernd, jedes Wort dehnend, fort: „Hören Sie mich an, Juba... Gewiß, ich... das alles sind Dummheiten.“

Preußen etwas werden sollte, der machte damals in Jugendbewegung. Den deutschen Lehrern wurde die besondere Ehre zu teil, daß der damalige Amisvorgänger des Herrn Haenisch auf ihrer Tagung im Zirkus Busch erschien.

Das waren schöne Zeiten, Herr Haenisch! Wir wissen übrigens nicht, ob der davongelaufene harte Herr den Berliner Gemeindeführer Gottfried Köhl dafür hasstbar zu machen gedenkt, daß er keine großmütige Verzeihung nicht hat halten können.

Der liebe Konrad! er hat damals nicht mit der „Kulturabendblatt“-natur des einstigen Erben des „gefalligen Trones von Deutschland“ gerechnet. Konrad Haenisch hat jene christpreussischen Oberparatzen und Sozialistenführer in einflussreiche und gut bezahlte Stellungen gebracht als Stützen des neuzeitlichen Geistes in seinem Reich.

Der „Vorwärts“, damals das Organ der einzigen Sozialdemokratie, hat in zwei Leitartikeln in bitteren Worten zu dieser infamen Richtung der sozialdemokratischen Lehrerschaft Stellung genommen. Er schrieb:

Die deutschen Volksschullehrer, die die Kinder dieser vier Millionen zu erziehen haben, nehmen sich eine kandalöse Annahme heraus, wenn sie diese Viermillionenpartei als rechtlos, als staatsfeindlich, als engherzig der Geleite lebend betrachten und behandeln.

Der einflussige Rektor Pregel ist Geheimrat im Kultusministerium. Lehrer Pautsch, der sich wohl inzwischen mehrheitslosig angegriffen hat, ist Regierungsrat in Potsdam.

„Ein Guter!“ wiederholte sie in wonnigem Entzücken. „Ja, ein Guter, übermorgen gehe ich in den Tod — für die Menschen — und du?“

„Ja, ein Guter! Du wirst mit meinen Hentlern schlafen! Ruf sie nur her, deine Offiziere! Ich werde dich ihnen vor die Füße werfen: Da! Nehmt euch den Kadaver! Ruf sie nur!“

„Was?“ verwunderte sich das Mädchen und öffnete weit die Augen. „Ich wollte sagen.“ beistete er sich zu erklären, „daß Sie ein Weib sind und ich... Gewiß, ich hatte Angst.“

„Was haben Sie, Juba?“ er trat von ihr zurück. Und mit eifigen Entsetzen, fast leise sprach sie aus, ohne die Finger loszulassen: „Ach du Schuft! Mein Gott — wach ein Schuft bist du doch!“

„Was willst du also?“ er begriff nicht mit einem Mal und erschraf plötzlich vor dem Abgrund, der dicht vor seinen Füßen seinen schwarzen Rachen aufgetan hatte.

„Ja, ein Guter! Ein Christlicher! Mein ganzes Leben lang! Ein Reiner! Und du? Was bist du denn? Du Schlampel Du elendes Vieh!“

„Was willst du denn?“ wiederholte er und trat zurück. (Fortsetzung folgt.)





